Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 15½ Ngr., durch die Post 16 Ngr. Einzelne Nummern 1 Ngr.

Auflage: 23000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Inserate werden Marienstraße 13 angenommen bis Ab. 6 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Klostergasse 5 bis Ab. 5 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfg. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. 9 Silben kosten 1½ Ngr. Auswärtige können die Zahlung auch auf eine Dresdner Bank anweisen. Die Exp.

Nr. 38. Neunzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. Dresden, Sonnabend, 7. Februar 1874.

Politisches.

Wer zur Eröffnung des zweiten deutschen Reichstages eine schwungvolle, die Herzen der Nation electrisirende Thronrede erwartet hatte, wird enttäuscht das Zeitungsblatt aus der Hand legen, das dieses historische Aktenstück enthält. Nicht vielmehr als die trockene Aufzählung der Arbeitsgebiete des Reichstags wird geboten. Nur selten ist zur Charakteristik der einzelnen Gesetzesvorlagen ein illustrirendes Beiwort beigefügt. Selbst des Umstandes, daß jetzt zum ersten Male unsere, wenn auch leider noch feindlichen Reichsbrüder in den deutschen Reichstag treten, gedenkt die Thronrede mit einer rein geschäftsmäßigen Stylwendung, die jedoch ihre Erklärung in dem betrübenden Ausfall der 15 elsaß-lothringischen Wahlen findet. Mit den üblichen Versicherungen guter Beziehungen zum Auslande und des Vertrauens zur Erhaltung des Friedens schließt die Thronrede. An und für sich erachten wir die trockene Geschäftsmäßigkeit in einer Thronrede für keinen Fehler, obschon die Aussprache staatsmännischer Gedanken, die Hervorhebung großer Gesichtspunkte einer Thronrede niemals übel zu Gesicht steht. Da wir jedoch hierauf verzichten müssen, so wird es wesentlich auf den Inhalt der vorzulegenden Gesetzentwürfe ankommen. Militär- und Preßgesetz nehmen den ersten Rang unter ihnen ein. Aufgabe unserer Volksvertreter wird es sein, die Wehrfähigkeit der Nation ungeschwächt zu erhalten, die Leistungen für die Wehrkraft aber in ein vernünftiges Verhältniß zur Leistungsfähigkeit der Steuerzahler zu stellen. Die Presse aber verlangt Schutz ihrer Freiheit, welche die Freiheit der ganzen Nation ist. Das deutsche Reich, so mächtig und groß, muß eine freie Presse ertragen können. Mit Genugthuung hingegen begrüßen wir es, daß endlich einmal die Reichsregierung sich dazu versteht, die Reichsgewerbeunordnung zu reformiren. Ueber das Bankgesetz, über kirchlich-politische Fragen schweigt sich die Thronrede aus — mögen kirchliche Streitigkeiten dem Parlamente erspart bleiben!

Es sind, man mag es von jedem beliebigen Standpunkte aus ansehen, doch widerliche Scenen, die sich kurz vor Eröffnung des Reichstags noch im preußischen Landtage abspielten. Zur Tagesordnung stand die 1. Lesung des Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung von Geistlichen. Es ist beschämend, einen so tüchtigen Juristen, wie den clericalen Reichensperger, von der Tribüne aus den Ungehorsam der Bischöfe gegen die preußischen Landesgesetze als eine wahrhaft christliche Geduld in der Ablehnung von Gesetzen, denen sich das christliche Gewissen nicht fügen könne, preisen zu hören.

Es grenzt nahe an Unverschämtheit, wenn derselbe Redner den preußischen Ministern zuruft: sie könnten jetzt nur noch einen Dienst dem Lande erweisen, wenn sie nämlich den König von Preußen bäten, daß er ihnen Nachfolger gebe, damit sie, diese den Staat zerrüttenden Minister, sobald als möglich von der Oberfläche verschwänden. Es ist aber nicht minder traurig, daß Hunderttausende von Preußen einem Redner, wie Reichensperger, glauben, wenn er deklamirt, daß die jetzigen Regierungsmänner Preußens die herrlichste Ehrensäule der Nation, die Religionsfreiheit zerbrochen haben. Der Abg. Richter-Sangerhausen entgegnete, daß Rom nicht die Zustimmung zu jenen Gesetzen zu geben habe, daß die Obrigkeit das Schwert nicht umsonst trage und seine Schärfe alle Die treffen solle, die auf die Gesetze des Staats mit der Androhung der Revolution antworten. Wir wiederholen: mögen die politischen und socialen Arbeiten des Reichstags nicht durch den Tumult kirchlicher Zerwürfnisse, wie sie jetzt zum täglichen Brod Preußens gehören, unterbrochen werden!

Bismarck ist aus der Abgeschlossenheit, die er in den letzten Tagen um sich gebreitet hatte, nur einen Moment hervorgetreten, um den Reichstag zu eröffnen. Im Uebrigen macht und empfängt er jetzt keine Besuche, ist für Niemanden zu sprechen, arbeitet auf das Angestrengteste und läßt sich im Vortrage beim Kaiser durch den Unterstaatssecretär von Bülow vertreten. Correspondenten — vermuthlich solche, die dem Bismarck über die Schulter gucken, wenn er am Schreibtische sitzt — verrathen, daß er an Enthüllungen arbeite, die den General Lamarmora als politische Persönlichkeit vernichten sollen. Letzterer hat durch den italienischen Minister des Aeußern neulich im Parlamente einen Denkzettel bekommen, der allerdings seine Glaubwürdigkeit aufs Gründlichste erschüttert.

Das Rundschreiben Bismarcks, worin er ausspricht, daß eine rein clericale Politik Frankreichs zu einem Kriegsfalle zwischen diesem und Deutschland werden könne, existirt. Das ist gewiß; es ist aber älteren Datums und augenblicklich gegenstandslos geworden. So beunruhigend an sich eine Aussprache Bismarcks ist, die von einem neuen Kriege unter gewissen Voraussetzungen mit dürren Worten handelt, so fügt man doch hier beruhigend hinzu, daß Bismarck seine Ansicht nicht den fremden Mächten, sondern nur den deutschen Gesandten daselbst als Instruction und Richtschnur mitgetheilt habe, und daß Mac Mahon ernste Anstrengungen mache, sich aus den Umarmungen der Clericalen und Royalisten zu befreien. Nicht ohne scharfen Nachdruck hat Mac Mahon gegenüber dem Handelsstande von Paris hervorgehoben, daß an die Restauration der Bourbonen nicht zu denken sei, daß er sein 7jähriges Regiment unantastbar wahren werde. Ein Aufschwung der Geschäfte der Pariser Kaufleute war die Antwort auf diese sachgemäße Aussprache des Marschall-Präsidenten.

Abgeblitzt sind auch die Feudal-Clericalen mit dem Versuche, Colonnen beschäftigungsloser Arbeiter durch die Straßen Wiens vor die kaiserliche Burg und die Thüren des Reichsraths zu führen, die Regierungsgewalten zu schrecken und Excesse zu veranlassen. Das ein Gegensatz zu manchem wüsten Organe der deutschen Socialdemokratie intelligent und achtungswerth geleitete Arbeiterblatt „Volkswille" schlägt den Clerical-Feudalen mit ihrer Speculation auf die Noth und Unbesonnenheit der Arbeiter sofort die Thüre vor der Nase zu, indem es sagt, daß ihnen die Gelegenheit, im Trüben zu fischen, nicht geboten werden soll. Wie groß ist übrigens in Wien die Zahl jener bedauernswerthen Arbeiter, die infolge der finanziellen, commerciellen und gewerblichen Krisis meist ohne eignes Verschulden arbeitslos geworden sind? Nach amtlichen Erhebungen feiern jetzt: Manufactur-Arbeiter 5600, Arbeiter der Eisenbranchen 4200, Bauarbeiter (mit Ausschluß der Steinmetze) 3400, Bäckergehilfen 860, Galanteriewaaren-Arbeiter 1450, Schuhmacher 280, Tischler- und Drechslergehilfen 640, Schneidergehilfen 400, diverse Taglöhner 2000; zusammen 18,830. Außerdem haben in letzten Monaten 14,000 Arbeiter verschiedenster Beschäftigung Wien verlassen, gegen 800 „unterstandslose Individuen" hat die k. k. Polizei abgeschubst. Jene Zahl von 19,000 arbeitslosen Menschen ist wahrhaft erschreckend groß, sie wächst vielleicht noch infolge des tieferen Sinkens der Eisenindustrie und des mangelnden Absatzes von Möbeln nach den Donaufürstenthümern, aber die Noth ist doch noch nicht groß genug, als Manche zur Erreichung ihrer Sonderzwecke wünschten. Außerdem bessert sich die Lage durch die allmählige Aufnahme des Baugewerbes. Das große Contingent, das die Galanterieindustrie zu den Arbeitslosen stellt, darf in einer Zeit, in welcher der Luxus entschieden zurücktritt und sich fast Jedermann Einschränkungen auflegt, nicht wundern; deutsche Arbeitsplätze benutzen diese Conjunctur, sich geschickte Arbeiter der berühmten Wiener Leder- und Broncewaarenindustrie zu gewinnen. Immer aber reden diese Ziffern deutlich genug, um die Gesetzgeber zu ermahnen, lieber das theologische Gezänk an den Nagel zu hängen und sich dem Studium socialer Fragen hinzugeben.

Geradezu ansteckend haben die ersten Wahlsiege der Conservativen in England gewirkt. Jede Meldung des Telegraphen über die Wahlen wird zu einer Hiobspost für das liberale Ministerium Gladstone. Dieser Minister läßt es an Anstrengungen, seiner im Besitze der Regierungsgewalt bedrohten Partei, das Staatsruder zu erhalten, nicht fehlen. Nachdem er neulich baarhäuptig im strömenden Regen von einem Wagen aus vor 3-4000 Wählern gerebet, hat er jüngst wieder vor einer Versammlung von nahezu 20,000 Arbeitern im Freien stundenlang gesprochen und dabei sogar Spottverse auf seinen conservativen Gegner Disraeli vorgetragen. Dieser ist ihm die Antwort nicht schuldig geblieben und hat das Verfahren Gladstone's bei der gegenwärtigen Parlamentsauflösung mit dem eines Diebes verglichen, der in einem Juwelierladen dem Eigenthümer eine Dosis Schnupftabak in die Augen wirft, um mit den Goldwaaren davon laufen zu können; ähnlich wolle Gladstone dem Volke Sand in die Augen streuen, um ihnen ihre theuersten Rechte, ihre altehrwürdige Constitution zu rauben. Natürlich fand diese Stelle bei den Landedelleuten in Buckinghamshire den rasendsten Applaus. Wenn man diese Art des Wahlkampfes mit der unsrigen vergleicht, so sind wir Deutschen nachgeradezu unschuldige Lämmer. Wer bei uns einem Minister, wie Herrn v. Nostitz-Wallwitz, zumuthen wollte, vom Marktplatze zu Bautzen aus von einem Wagen herunter oder vom Butterberge bei Bischofswerda aus im Januar an das versammelte Volk Wahlreden zu halten, bei dem würde es rappeln. Und wer gegenüber einem in Amt und Würden befindlichen Kanzler oder Minister öffentlich so respectwidrige Vergleiche zöge, den würde der Staatsanwalt gar bald am Schlafittchen erwischen. Andere Länder, andere Sitten, womit wir der öffentlichen Verunglimpfung politischer Gegner keineswegs das Wort reden wollen.

Locales und Sächsisches.

— Der Privatdocent Dr. phil. Loth in Leipzig ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät daselbst ernannt worden.

— Vor einigen Tagen ist der am königl. sächs. Hofe neu accreditirte königl. bair. Gesandte, Freihr. v. Gassert, in Dresden eingetroffen. Derselbe hat einstweilen Wohnung im Victoria-Hotel genommen und wird demnächst sein Quartier an der Bürgerwiese 17 beziehen.

— Dem Vernehmen des „D. J." nach werden am königlichen Hofe in der nächsten Zeit zwei Hofconcerte abgehalten werden, zu denen besondere Einladungen erfolgen. Bei dem ersten Concerte werden Vorstellungen von Damen und Herren stattfinden.

— Große Aufmerksamkeit erregt gegenwärtig die in der Arnoldischen Kunsthandlung am Altmarkt und in anderen Kunsthandlungen ausgestellte Photographie des Königs Albert und der Königin Carola. Die Photographie ist nach einer Zeichnung des bekannten hiesigen Malers Herrn von Hartitzsch, der schon mehrere sehr gute Zeichnungen und Bilder aus dem königl. Hause schuf. Die Photographie selbst ist aus dem Hoffmann'schen Atelier. Die Porträts sind sprechend ähnlich und das Arrangement der Gruppe ungezwungen und sehr gefällig.

— Die Gewährung von Freikarten auf den Eisenbahnen an die Reichstagsabgeordneten kostet dem Reiche, welches die Staats- und Privatbahnen dafür zu entschädigen hat, jährlich 14,000 Thlr.

—dt. Wie es bei einem Manne, der so lange Jahre in hervorragender Stellung treu und segensreich gewirkt hat, wohl nicht anders sein konnte, war das Leichenbegängniß des am 5. d. M. zur ewigen Ruhe bestatteten Seminardirectors emer. Otto ein sehr ehrenvolles und feierliches. Unter dem harmonischen Geläute der neuen Friedrichstädter Glocken bewegte sich dem alten Friedhofe zu ein langer, langer Zug Leidtragender, unter welchen die ehemaligen Schüler dieses „Lehrers der Lehrer", von nah und fern, zahlreich vertreten waren, ein Beweis dafür, in wie treuem und dankbarem Andenken dieselben ihren Altmeister behalten haben. Selbstverständlich gaben außerdem das jetzige Lehrercollegium und eine Section der gegenwärtigen Zöglinge des Königlichen Seminars zu Friedrichstadt-Dresden dem Manne, der denselben über 40 Jahre vorgestanden, das Ehrengeleite, wie es denn auch nicht an älteren und jüngeren Freunden des ehrwürdigen „Vaters Otto" aus verschiedenen Ständen fehlte. Nach einem Choralgesange sprach mit gewohnter Meisterschaft und Innigkeit der Beichtvater des entschlafenen 82jährigen Greises, Herr Hofprediger Dr. Rüling, über das Wort der Schrift: „Gedenket an eure Lehrer, die euch das Wort Gottes gesagt haben, welcher Ende schauet an und folget ihrem Glauben nach!" Der Grabredner wußte an dem Leitfaden dieser Worte allen den Gedanken, Gefühlen und Vorsätzen beredten Ausdruck zu geben, die in den dieses Grab Umstehenden aufsteigen mußten, welche sodann nach Gebet und Segen wahrhaft erbaut durch diese Feier, die letzte Ruhestätte des Seligentschlafenen mit Blumen bestreuten, während die sanften Weisen einer Trauerarie erklangen. Gewiß wird das Andenken dieses ausgezeichneten Pädagogen auch in unserer Stadt stets in Ehren und Segen bleiben.

— Vom Abg. Dr. Minckwitz liegt der Bericht über das Budget des Justizministeriums vor. Für dasselbe fordert die Regierung jährlich 1,023,085 Thlr. oder 225,633 Thlr. mehr. Im Etat des Ministeriums selbst streicht die Deputation dem Minister 200 Thlr., den Abtheilungsdirektoren je 300 Thlr., normirt jenen auf 7000 Thlr., diese auf je 3700 Thlr., wirft den 6 Räthen Gehalte zwischen 3000 und 2500 Thlr. aus und bewilligt für eine 7. Rathsstelle 2000 Thlr. Beim Canzleipersonale lehnt die Deputation mehrere von der Regierung vorgeschlagene neue Stellen ab und beantragt die Bewilligung von 16,900 Thlr. für 4 Secretäre (mit 1800, 1500 und 1200 Thlr.), 1 Cassirer (1500 Thlr.), 5 Registratoren (mit 1200, 1000, 900 und 800 Thlr.), 4 Canzlisten (mit 450 und 400 Thlr.) und 5 Diener (550—400 Thlr.). Beim Sportelfiskalat hat die Regierung auf Befragen erklärt, daß eine Aenderung und Vereinfachung des Sportelwesens und damit eine Ersparniß an Arbeitskräften und Ausgaben zwar sehr wünschenswerth, aber jetzt aus verschiedenen Gründen sehr schwer durchführbar sei. Die Deputation hofft, daß bei der durch die künftige Reichsgesetzgebung bedingten Neugestaltung der Behörden umfassende Reformen möglich sein werden. Die Gehalte beim Sportelfiskalat werden auf 15,350 Thlr. festgesetzt, die Calculatoren sollen Gehalte zwischen 1000 bis 750 Thlr. bekommen. Am Gehalte des Generalstaatsanwalts streicht die Deputation 300 Thlr. und bewilligt 3700 Thlr. Eine Abminderung der Zahl der Oberappellationsräthe bezeichnet die Regierung als unräthlich, da dieses oberste Gericht jetzt auch oberste Instanz für die Verwaltungsstrafsachen geworden ist und neue Arbeiten damit erhalten hat. An Gehalten sollen erhalten: der Präsident 4800, 2 Vicepräsidenten 3400 und 3200, 5 Räthe je 3000, 2 je 2700, 3 je 2600, 6 je 2500 Thlr., 2 Secretäre 1600 und 1400, 3 Registratoren 900 bis 800, 4 Canzlisten 450 bis 350, 6 Diener 500 bis 400 Thlr. Bei den Appellationsgerichten wäre zwar erwünscht, wegen der fortwährenden Vermehrung der Geschäfte Hilfsarbeiterstellen in definitive zu verwandeln, doch sieht man davon ab, da die künftige Reorganisation der Gerichte abzuwarten ist. Den Präsidenten der Appellationsgerichte streicht die Deputation 300 Thlr. und gewährt nur 3700 Thlr. Beim Gericht in Bautzen sollen die Räthe erhalten 2500, 2400, 2000 und 1800 Thlr., in Dresden und Zwickau je einer 2500 und 2400, 2 je 2200 und 2000, 1 1800 Thlr., in Leipzig 2500 und 2400, 2 je 2200, 1 2000 und 1800 Thlr. Die Gehalte des übrigen Personals werden nach dem Postulate der Regierung bewilligt. Die wichtigste Position ist der Staatszuschuß zu den Besoldungen und Administrationskosten der Untergerichte und Staatsanwälte. Eine wesentliche Umgestaltung wird diese Position künftig infolge der Trennung der Justiz von der Verwaltung und der bevorstehenden Reorganisation der Justizbehörden auf Grund der erwarteten Reichsgesetze erhalten. Da die untere Instanz der Justiz trotz der um 176,000 Thlr. an 1,217,492 Thlr. gestiegenen Mehreinnahmen einen Staatszuschuß von nicht weniger als 557,000 Thlr. erfordert, so hält die Deputation ernste Erwägungen für angezeigt, wie bei der bevorstehenden Reorganisation eine Vermehrung der Einnahmequellen eintreten kann, ohne die Justizpflege unverhältnißmäßig zu vertheuern. So beantragt die Deputation: die Regierung solle für alle Categorien von Staatsdienern, welchen Dienstwohnungen gegen Entgelt eingeräumt werden, wegen Bestimmung des anzurechnenden Miethwerthes der betreffenden Dienstwohnungen gleiche Grundsätze feststellen. Es hat sich nämlich ergeben, daß die Dienstwohnungen mancher Beamten zu niedrig angerechnet sind. (Fortsetzung folgt.)

— Die Arbeiten an der Berlin-Dresdener Eisenbahn schreiten derartig vorwärts, daß eine rechtzeitige Vollendung (dieselbe ist bis Ende d. J. in Aussicht genommen) wahrscheinlich ist.

— Aus dem Voigtlande sendet man uns Nr. 17 des „Voigtl. Anzeigers", in dem sich ein Wahlaufruf für Advokat Krause, unterschrieben von Carl Hörn, Ernst und Alwin Lommatzsch findet, dem wir folgende Stelle entnehmen: „Zum Schlusse fordern wir unterschriebenen Sozialdemokraten Euch Gesinnungsgenossen in den umliegenden Städten und Dörfern auf, Euch der Stimmen zu enthalten oder Herrn Advokat Krause zu wählen". Hieraus geht klar hervor, daß die Sozialdemokraten die Verbündeten der Nationalliberalen gebildet haben.

— Man theilt uns von unterrichteter Seite mit, daß eine ziemlich große Anzahl Kündigungen von Hypotheken, die nach dem großen Krach vorgenommen oder angesagt worden sind, jetzt allmählig zurückgezogen werden. Wie die Häuserwerthe sich fest halten, was sich fast in allen Subhastationen gezeigt hat, so erwacht bei den Kapitalisten auch mehr und mehr die Vorliebe wieder für sichere Hypotheken, zumal Aktienwerthe immer noch nicht wieder beliebt sind. Selbst bei Hypotheken, die scheinbar hoch gegriffen sind, faßt jetzt mancher Capitalist Beruhigung. Und nicht mit Unrecht: da die Brandkasse ganz gewiß kein Werthmesser mehr ist für Gebäude und Grundwerthe. So lange die mittlen Wohnungen viel gesucht und hoch bezahlt bleiben (nur Luxuswohnungen sind theils angeboten und etwas gewichen), so lange behalten die früher gebauten und jetzt der Vollendung nahen Häuser, gerade weil Löhne und Material hoch stehen, ihren Werth, und sichern mithin auch dem Capitalisten die Gelder besser wie jeder andere Industriewerth.

— Gestern befuhr der erste Kettendampfer wieder den Elb-